

Antrag Nr. 16-F-05-0019

FDP

Betreff:

Hebammen - Unterversorgung entgegenwirken
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 22.11.2016 -

Antragstext:

Freiberufliche Hebammen befinden sich momentan in einer schwierigen Situation. Immer mehr Geburtshelferinnen müssen ihren Beruf aufgeben, weil sie nicht mehr davon leben können. In Relation zum Einkommen machen hohe Haftpflichtversicherungsbeiträgen in Verbindung mit mangelhafter Refinanzierung durch die Sozialleistungsträger die Arbeit unwirtschaftlich und zwingen die Hebammen somit zur Aufgabe ihres Berufs. Dieses sensible Thema haben seit Ende 2015 verschiedene Parteien wiederholt in der Landeshauptstadt Wiesbaden aufgegriffen und den Magistrat mit unterschiedlichen Berichts- und Prüfanträgen beauftragt, um eine Hebammen-Versorgung in Wiesbaden sicherstellen zu können. Bis zum jetzigen Zeitpunkt konnte keine zufriedenstellende Lösung gefunden werden. Die Feststellung des Gesundheitsdezernenten vom 24.10.2016, nach der eine Unterversorgung in Wiesbaden nicht festzustellen sei, widerspricht einer sachverständigen Bewertung von Dr. Elias Naumann, Sonderforschungsbereich 884 „Die politische Ökonomie von Reformen“, Universität Mannheim, und Judith Jeron, Hebamme, Kreissprecherin Wiesbaden des Hessischen Landesverbandes (DHV), nach welcher für Wiesbaden im Jahr 2015 eine Unterversorgung von ca. 40% gegeben gewesen sei.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

Welche rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten, insbesondere finanzieller Art, zur Unterstützung der freiberuflichen Hebammen in Wiesbaden gesehen werden und wie diese zeitnah, auch ohne bislang zweckgebunden zugesetzte Haushaltsmittel umgesetzt werden könnten.

Wiesbaden, 23.11.2016

Sebastian Rutten
Sozialpolitischer Fachsprecher

Jeanette-Christine Wild
Geschäftsführerin